

## DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER  
BUNDESREPUBLIK AN  
DER JAHRESWENDE  
1960/61

Die Wirtschaft der Bundesrepublik befand sich auch in den letzten Monaten des Jahres 1960 in einer Hochkonjunktur mit starken Spannungsercheinungen auf vielen Teilmärkten. Kennzeichnend für die konjunkturelle Entwicklung war aber auch eine allmähliche Beruhigung der Nachfrage in fast allen großen Wirtschaftsbereichen. Andererseits hat sich das Wachstumstempo der Produktion — hauptsächlich infolge des Arbeitskräftemangels und weil die Produktionskapazitäten nunmehr größtenteils voll ausgenutzt sind — im Vergleich zu den letzten Monaten des Jahres 1959 und zur ersten Hälfte des Jahres 1960 abgeschwächt, jedoch ist es immer noch sehr stark. Bestimmend für die Konjunktur ist unverändert neben einer kräftigen Auslandsnachfrage — eine starke Investitionsbereitschaft und -tätigkeit. Die Unternehmernachfrage nach Investitionsgütern und deren Vorprodukten übersteigt nach wie vor erheblich die Produktionsmöglichkeiten. Während hier von einem Investitionsboom gesprochen werden kann, bleibt die Konjunktur im Verbrauchsgüterbereich im ganzen hinter der allgemeinen Konjunkturentwicklung zurück. Als Grund hierfür ist anzusehen, daß die Masseneinkommen und die Nachfrage der Endverbraucher ebenfalls nachhinkten; erst in den letzten Monaten gleichte sich die Entwicklung der Masseneinkommen, vor allem der Löhne und Gehälter, an die des Sozialprodukts an.

Für 1961 ist — jedenfalls zunächst — mit einem Andauern der Hochkonjunktur zu rechnen. In den ersten (Winter-) Monaten des neuen Jahres wird die Wirtschaftstätigkeit freilich, jahreszeitlich bedingt und üblich, zurückgehen. Es ist zu wünschen, daß der Saisonrückgang in diesem Winter geringer ist als in früheren Jahren und daß insbesondere die Anstrengungen im Winterbau nach dem Anfangserfolg im letzten Jahr diesmal noch erfolgreicher werden.

*Bruttosozialprodukt von 279 Mrd. DM im Jahre 1960*

Nach ersten vorläufigen und nichtamtlichen Schätzungen<sup>1)</sup> dürfte in der Bundesrepublik im Jahre 1960 ein Bruttosozialprodukt von annähernd 279 Mrd. DM erarbeitet worden

1) Die Angaben über die Sozialproduktentwicklung im Jahre 1960 stützen sich im wesentlichen auf Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, veröffentlicht in dessen Wochenbericht Nr. 47 vom 18. November 1960.

sein, das sind fast 12 vH mehr als im Jahre 1959. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß 1959 das saarländische Sozialprodukt nur des 2. Halbjahres, 1960 aber das des ganzen Jahres in der Sozialproduktrechnung der Bundesrepublik enthalten ist. Im Bundesgebiet ohne Saarland stieg das Bruttosozialprodukt von 247 Mrd. DM im Jahre 1959 auf etwa 273 Mrd. DM im Jahre 1960 an. Die *nominale* Zuwachsrate lag 1960 demnach bei 10,5 vH, 1959 betrug sie 8,2 vH. Wird der Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus — 1960 um 2,8 bis 3 vH — ausgeschaltet, dann ergibt sich eine *reale* Zuwachsrate von rund 7,5 vH gegenüber 6,4 vH im Jahre 1959. Eine Rate von 7,5 vH ist seit 1955 nicht mehr erreicht worden.

Der Sozialproduktzuwachs des Jahres 1960 ist zu rund drei Zehnteln auf eine Erhöhung des Arbeitsvolumens (höhere Beschäftigtenzahl und Arbeitszeit je Beschäftigten) und zu rund sieben Zehnteln auf eine Steigerung der Produktivität (reales Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen-Stunde) zurückzuführen. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität nahm 1960 um annähernd 5,5 vH zu, ein Ergebnis, das nur geringfügig unter dem des Jahres 1959 liegt (+ 5,7 vH), obwohl die Möglichkeiten für Produktivitätssteigerungen als Folge besserer Kapazitätsausnutzung 1959 erheblich größer waren als 1960. — Während der private Verbrauch im Jahre 1960 mit einer Zunahme von 9 vH geringer angestiegen ist als das Bruttosozialprodukt (+ 10,5 vH), liegt die Zuwachsrate der Investitionen mit 15 vH weit darüber. 65,8 Mrd. DM — das sind 24,1 vH des Bruttosozialprodukts — wurden 1960, wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung schätzt, für Investitionen ausgegeben, und zwar etwa je zur Hälfte für Bau- und für Ausrüstungsinvestitionen. Auch der öffentliche Verbrauch stieg mit 12,9 vH überdurchschnittlich an. Allerdings sollte hierbei deutlich zwischen dem Ansteigen der Staatsausgaben für zivile Zwecke, das mit 8,8 vH hinter der allgemeinen Entwicklung zurückblieb, und der raschen Expansion der Militärausgaben, die sich um nicht weniger als 26,6 vH erhöhten, unterschieden werden. — Während sich 1959 das Wachstumstempo im Laufe des Jahres erheblich beschleunigte, wurde es 1960, wie schon erwähnt, nach und nach langsamer: Die reale Zuwachsrate nahm von 9 vH im 1. Halbjahr auf 6 vH im 2. Halbjahr ab.

Der gleiche Vorgang spielte sich auch in der *Industrie* ab, die rund 45 vH zum Sozialprodukt beitrug. Hier gingen die Jahreszuwachsrate der arbeitstätigen Produktion 1960 von 13,6 vH im 1. Vj. über 12,3 vH im 2. Vj. auf 8,9 vH im 3. Vj. und 8,1 vH im Oktober zurück<sup>2)</sup>. Für das ganze Jahr

2) Dieser Bericht wurde am 12. Dezember 1960 abgeschlossen. Bis dahin lagen Angaben über die industrielle Produktion und Auftragslage erst bis zum Monat Oktober 1960 vor.

1960 kann mit einem Produktionswachstum in der Industrie von etwa 11,5 vH (1959: 7 vH) — auf den Arbeitstag bezogen von 11 vH — gerechnet werden. Auch in der Industrie macht die Steigerung der Produktivität mit 7 bis 7,5 vH den größeren Teil des Produktionswachstums aus, während die Zunahme des Arbeitsvolumens an ihm zu etwa einem Drittel Anteil hat.

Die bereits erwähnten starken Unterschiede in der Investitions- und der Verbrauchsentwicklung kommen darin zum Ausdruck, daß die Produktion in der Produktions- und Investitionsgüterindustrie 1960 eine Zunahme von schätzungsweise 14 bis 15 vH erreichte, in der traditionellen Verbrauchsgüterindustrie dagegen nur von 8 vH und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sogar nur von 3 vH.

#### *Expansion bei den Produktionsgütern doppelt so hoch wie bei den Konsumgütern*

Diese das gegenwärtige „Konjunkturbild beherrschende Konjunkturspaltung“ wird in einer Berechnung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften (WWI) besonders deutlich erkennbar<sup>3)</sup>. Das WWI hat die gesamte Industrieproduktion in zwei Globalbereiche aufgliedert, nämlich in den *Produktionsgüterbereich* (Bergbau, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, Investitionsgüterindustrien ohne langlebige Verbrauchsgüter, Energieversorgungsbetriebe und das Bauhauptgewerbe) und den *Konsumgüterbereich* (Verbrauchsgüterindustrien einschl. der langlebigen investiven Verbrauchsgüter — Kraftfahrzeug, Kühlschrank, Fernsehapparat usw. — sowie Nahrungs- und Genußmittelindustrien). Außerdem wurden die Indizes der Industrieproduktion nach der Methode der „gleitenden 12-Monats-Durchschnitte“ saisonbereinigt. Die Untersuchung ergibt, daß „die Expansion im Produktionsgüterbereich, also bei der Unternehmernachfrage“, während des ganzen bisherigen Konjunkturverlaufs ab Anfang 1959, „genau doppelt so stark (war) wie die realisierte Nachfrage nach Konsumgütern. In jedem Monat wuchs seit Anfang (1959) konstant die westdeutsche Industrieproduktion im Produktionsgüterbereich um ein volles, im Konsumgüterbereich um ein halbes vH.“ Während die arbeitstäglich Erzeugung im Bereich der Produktionsgüter vom Januar 1959 bis zum August 1960 saisonbereinigt um 21 vH anstieg, nahm die Erzeugung von industriell hergestellten Konsumgütern in dem gleichen Zeitraum nur um 10,7 vH zu. „Wenn sich dieser Trend fortsetzt“, so heißt es zu dieser Erscheinung in der führenden deutschen Wirtschafts- und Finanzzeitung *Der Volkswirt* Nr. 46 vom 12. November 1960 (S. 2511), „ist es durchaus möglich, daß wir künftig, ähnlich wie in den Vereinigten Staaten, in

gewissen Abständen leichte Rückschläge erleben, die ihre Ursache in den beschriebenen Disproportionalitäten haben.“

Noch stärker als bei der Erzeugung kommt das Mißverhältnis zwischen Produktionsgüter- und Konsumgüterbereich bei der Bestelltätigkeit zum Ausdruck. Vom Januar bis Oktober 1960 lagen die Aufträge, die bei der gesamten Industrie eingingen, um 17 vH über den Ergebnissen im gleichen Zeitraum des Jahres 1959. Weit über diesen Durchschnitt hinaus nahmen jedoch die Aufträge in der Investitionsgüterindustrie zu, nämlich um nicht weniger als 28 vH. Es folgte die Grundstoffindustrie mit 13 vH. Demgegenüber weitete sich die Bestelltätigkeit in der Verbrauchsgüterindustrie mit nur 1 vH Zunahme kaum aus. In dieser Industrie machten die Auftragsengänge im 3. Vj. 1960 nur 91 vH der gleichzeitigen Lieferungen aus, während sie im Monatsdurchschnitt des Jahres 1959 um 7 vH darüber hinausgingen; die Auftragsbestände nahmen also ab. Umgekehrt verlief die Entwicklung in der Investitionsgüterindustrie. Die Bestellungen waren dort im Monatsdurchschnitt 1959 um 11 vH höher als die Lieferungen, im 3. Vj. 1960 aber um 22 vH. Insbesondere konnten die Lieferungen im Maschinenbau und in der elektrotechnischen Industrie bei weitem nicht mit den Auftragseingängen Schritt halten. Im 2. und 3. Vj. 1960 standen im Maschinenbau einer Umsatzsteigerung gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um rund 16,5 vH eine Zunahme der Aufträge um 40 vH gegenüber, in der elektrotechnischen Industrie stiegen die Umsätze um 17,2 vH und die Aufträge um 32,5 vH an.

Fragt man nach den Investoren — soweit es sich um industrielle Unternehmer handelt —, ergibt sich auch hier ein sehr ungleichmäßiges Bild. Insgesamt haben die industriellen Investitionen nach einer Schätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht Nr. 47 vom 18. November 1960) 1960 gegenüber 1959 *real* um etwa 17 bis 18 vH zugenommen, das ist ein Ergebnis, wie es seit fünf Jahren nicht zu verzeichnen gewesen war. Während die Nahrungs- und Genußmittelindustrie 1960 aber nicht einmal ihr Investitionsvolumen von 1959 erreichte und in der Verbrauchsgüterindustrie die Investitionen mit 8 vH nur unterdurchschnittlich zunahm, wies die Investitionsgüterindustrie selbst mit mehr als 30 vH Zunahme von 1959 auf 1960 den bei weitem größten Anstieg der Investitionen auf, wiederum gefolgt von der Grundstoffindustrie mit einer Zuwachsrate von rund 20 vH. Der Bergbau investierte 1959 ungefähr gleich viel wie 1959.

#### *Zurückdrängung des Wohnungsbaues zugunsten gewerblich-industrieller Bauten*

Die anhaltend starke private Investitionstätigkeit hatte auch eine stärkere Beanspruchung der Bauwirtschaft durch gewerblich-in-

3) WI-Mitteilungen Heft 10/1960, S. 224.

dustrielle Bauten und — im Verein mit den kreditpolitischen Maßnahmen der Bundesbank — ein relatives Zurückdrängen des Wohnungsbaues zur Folge. Während die geleisteten Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes im Wohnungsbau, wie das Bundeswohnungsbauministerium in seinem letzten Monatsbericht mitteilt, vom Januar/September 1959 bis zum Januar/September 1960 um 9 vH abnahmen, stiegen sie im gewerblich industriellen Bau während der gleichen Zeit um 18 vH an. Dadurch erhöhte sich der Anteil der gewerblichen Bauten an den insgesamt geleisteten Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes von 18,8 vH in den ersten neun Monaten 1959 auf 22,2 vH im gleichen Zeitraum 1960, umgekehrt verringerte sich der Anteil des Wohnungsbaues von 45,9 vH auf 41,7 vH. Diese Tendenz wird in den nächsten Monaten anhalten, wie die Statistik der Baugenehmigungen erkennen läßt. Der veranschlagte Bauaufwand der zum Bau genehmigten Hochbauten ging in den ersten neun Monaten 1960 *real* um rund 8,4 vH über den des gleichen Zeitraums im Jahre 1959 hinaus. Dabei liegt die reale Zuwachsrate im Wohnungsbau nur bei 4,9 vH, die sich größtenteils aus einer besseren Wohnungsausstattung erklären dürfte, also mehr das Ausbaugewerbe als das Bauhauptgewerbe betrifft. Der Wirtschaftsbau weist dagegen eine reale Zuwachsrate von 16,4 vH und der öffentliche Hochbau von 12,7 vH auf. Hierzu schreibt das Bundeswohnungsbauministerium, „daß auch bei allen optimistischen Annahmen über die mögliche Ausweitung des Baupotentials eine solche Steigerung des realen Bauvolumens im Hochbau nicht erwartet werden kann. Hieraus erhellt einmal mehr die Verantwortung auch der Bauherren der Nichtwohnbauten, neben der Verlagerung der Aufträge in die Wintermonate alle weiteren beabsichtigten Vorhaben auf ihre wirkliche Dringlichkeit hin zu prüfen und ggf. für eine begrenzte Zeit zurückzustellen.“

#### *Amtliche Konjunkturpolitik ist unzureichend*

Von den Diskonterhöhungen und sonstigen krediteinschränkenden Maßnahmen der Bundesbank sind also vor allem der Wohnungsbau und die immer noch sehr große Zahl der Wohnungsuchenden betroffen worden. In welchem Umfang dies geschah und noch geschieht, darüber gibt eine Äußerung des CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Czaja, Mitglied des Bundestagsausschusses für Wohnungswesen, Auskunft (*Die Welt*, Nr. 206/1960): „Die durch dirigistische Maßnahmen verursachte Anhebung der Zinssätze für langfristige Darlehen um 2 bis 3 vH führt zu einer Verteuerung selbst öffentlich geförderter familien-gerechter Wohnungen um 30 bis 50 DM je Monat (0,40 bis 0,60 DM je qm).“ An diese Feststellung knüpft der Abgeordnete die Erkenntnis an: „Man kann nicht ohne schwere

politische, wirtschaftliche und nicht zuletzt auch ethische Nachteile die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern drosseln und verteuern, aber gegenüber den eigentlichen Ursachen des Booms nur den drohenden Finger heben.“ Damit ist aber im Grunde ein negatives Urteil über die amtliche Konjunkturpolitik, für die die Partei des Abgeordneten verantwortlich ist, gefällt. Die konjunkturpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung tragen — soweit sie überhaupt bisher getroffen wurden — den Stempel des „Zuwenig-und-zu-spät“. Gegen die Verwirklichung weitreichender und wirksamerer Pläne konnten sich bisher jedenfalls die großen Wirtschaftsverbände durchsetzen. Bezeichnend hierfür ist eine Äußerung des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, *Berg*, daß ein Wink von ihm beim Kanzler genüge, um Erhards Konjunkturprogramm zu Fall zu bringen. An dieser Art von Einflußnahme ist offensichtlich auch ein vom Bundeswohnungsbauministerium vorgetragener — und bereits im Juli 1960 von Bundesbankpräsident *Blessing* ebenfalls als erwägenswert angesehener — Vorschlag gescheitert. Danach sollte für alle größeren Bauvorhaben mit Ausnahme der Wohn-, Schul-, Krankenhaus- und Verteidigungsbauten ein konjunkturpolitisch ausgerichtetes Genehmigungsverfahren eingeführt werden. Bei zu großer Investitionstätigkeit könnte das Tempo durch ein Hinausschieben der Baugenehmigungen verlangsamt und dadurch eine Überforderung der Baukapazitäten sowie — bei der Abhängigkeit vieler Ausrüstungsinvestitionen von Bauvorhaben — überhaupt eine Übersteigerung der Investitionskonjunktur vermieden werden. Zweifellos wirkt dieses Verfahren gezielter als kreditpolitische Maßnahmen, bei denen gerade Klein- und Mittelbetriebe sowie stark kreditabhängige und zinsempfindliche Wirtschaftsbereiche, wie z. B. der Wohnungsbau, die Leidtragenden sind, während die Wirtschaftsbereiche bzw. die (Groß-) Unternehmen, von denen die Übersteigerungstendenzen ausgehen, nicht oder kaum betroffen werden. Dennoch war die ablehnende Reaktion auf diesen Vorschlag in einigen Wirtschaftszeitungen ungewöhnlich heftig, sie läßt die Stärke des Widerstandes einflußreicher Wirtschaftskreise erkennen.

#### *Maßvolle Lohnerhöhungen*

Das sind indessen dieselben Kreise, die unablässig das Gespenst der Gewerkschaftsmacht und ihres angeblichen Mißbrauchs an die Wand malen, um die Öffentlichkeit von ihrem eigenen Wirken abzulenken. Anlässlich der Jahresversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände im November 1960 wurde z. B. wieder einmal die gewerkschaftliche Lohnpolitik für die Preiserhöhungen und für die konjunkturellen Übersteigerungen verantwortlich gemacht. Mit vollem

Bedacht wurden im ersten Teil dieses Berichts relativ viele statistische Zahlen verwendet. Es ging uns darum, gerade an Hand der nüchternen Daten vorzuführen, daß eben nicht der Verbrauchsgüterbereich Übersteigerungstendenzen zeigt, sondern eindeutig der Investitionsbereich. In den ersten drei Vierteljahren 1960 entsprach die Zunahme der Summe der Nettolöhne und -gehälter gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres jedenfalls mit *nominal* rund 11 vH und *real* reichlich 8 vH ungefähr der nominalen und realen Steigerung des Sozialprodukts, die gesamten Masseneinkommen (netto) nahmen sogar nur um *nominal* 9 vH, *real* fast 6,5 vH zu. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung stellt in seinem Wochenbericht Nr. 41 vom 7. Oktober 1960 fest, daß „überzeugende Korrelationen der partiellen Preiserhöhungen weder mit Lieferungs- und Kapazitätsengpässen . . . noch mit der Tariflohnbewegung nachzuweisen (sind). Weder das für konjunkturdämpfende Maßnahmen im allgemeinen herangezogene ‚Nachfrage-Argument‘ der Wirtschaftspolitik noch das insbesondere gegen Tariflohnsteigerungen verwendete ‚Kosten-Argument‘ der Unternehmerschaft ist aus den Daten generell belegbar.“ Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die tariflichen Lohnerhöhungen mitunter erheblich unter den statistisch ermittelten effektiven Durchschnitts-Stundenverdiensten liegen, sei es, weil die Überstunden- und Sonntagszuschläge überproportional angestiegen sind, sei es, weil die Unternehmen von sich aus übertarifliche Lohnsätze zahlen. In der Investitionsgüterindustrie nahmen z. B. nach Angaben des Statistischen Bundesamtes die tatsächlich gezahlten Bruttostundenverdienste der männlichen Arbeiter vom August 1959 bis August 1960 um 12,4 vH, die tariflichen Stundenlöhne dagegen nur um 9,7 vH zu. Diese Differenz zeigt klar, daß nicht etwa, wie die Sprecher der Arbeitgeberverbände behaupten, ein rein machtpolitisches Verhalten der Gewerkschaften für die Lohnfestsetzung bestimmend ist, sondern vielmehr die gegenwärtig starke „Marktmacht“ der Arbeitskräfte, die sich aus dem Angebot-Nachfrage-Verhältnis auf dem Arbeitsmarkt ergibt. Wenn sich die Arbeitgeberverbände hiergegen wenden, widersprechen sie eigentlich einer Funktion der sonst von ihnen so gepriesenen Marktwirtschaft, nämlich der, am leichtesten von allen Wirtschaftssystemen Anpassungsprozesse und Strukturwandlungen zu ermöglichen.

Die Abwanderung von Arbeitskräften in die konjunkturell am stärksten begünstigten — und meist auch produktiveren — Wirtschaftsbereiche war im Jahre 1960 beträchtlich. Vom September 1959 bis September 1960 nahm die Zahl der Arbeitskräfte in der verarbeitenden Industrie um 5,7 vH, in der Investitionsgüterindustrie um 7,4 vH, in der elektrotechnischen Industrie um 10,5 vH, im Maschinen-, Stahl-, Eisen- und Fahrzeugbau so-

wie in der Eisen- und Metallgewinnung um 6,6 vH und in der chemischen Industrie um 6,8 vH zu. Den größten Abgang von Beschäftigten hatte die Landwirtschaft mit 9 vH, gefolgt vom Bergbau mit 4,1 vH und den Dienstleistungsbereichen mit 1,3 vH. Insgesamt hatte die Zahl der Beschäftigten vom September 1959 bis September 1960 um 373 000 Personen = 1,9 vH zugenommen. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende September 1960, dem Jahrestiefststand, 111 600. Bis Ende November 1960 stieg die Arbeitslosigkeit allerdings, jahreszeitlich bedingt, wieder geringfügig auf 136 355 Personen, darunter 79 223 Männer, an. Das waren jedoch 94 000 Arbeitslose weniger als im November 1959 und nur ein Drittel der Arbeitslosenzahl vom November 1958.

### *Starke Zunahme der Devisenbestände*

Die Aufmerksamkeit einer breiteren Öffentlichkeit wurde im November 1960 auf die Gold- und Devisenbestände der Bundesbank gelenkt, die in den sieben Monaten von Ende März bis Ende Oktober 1960 um 7 Mrd. D-Mark auf 31,3 Mrd. DM zugenommen hatten. Auch wenn berücksichtigt wird, daß hiervon 1,4 Mrd. DM auf eine Übertragung von Auslandsguthaben der Geschäftsbanken auf die Bundesbank, also nur auf eine Verlagerung entfielen, ist dieses Ergebnis bisher einmalig. Es läßt sich nicht allein mit den bekannten Überschüssen im Außenhandel erklären, denn in den Monaten April bis Oktober 1960 führte die Bundesrepublik „nur“ für 2,4 Mrd. D-Mark mehr Waren aus als gleichzeitig eingeführt wurden. Der Aktivsaldo der Dienstleistungsbilanz, der sich aus den Deviseneinnahmen für die ausländischen Stationierungstruppen ergibt — während die „kommerzielle“ Dienstleistungsbilanz (Transportleistungen, Reiseverkehr) passiv ist —, wurde durch die „unentgeltlichen Leistungen“ des Bundes (z. B. Wiedergutmachungszahlungen) mehr als ausgeglichen. Ausschlaggebend für die enorme Zunahme der zentralen Währungsreserven war indessen ein völliger Umschwung in den Kreditbeziehungen der Wirtschaft zum Ausland. Das Zinsgefälle zwischen der Bundesrepublik und den meisten für den Geldverkehr wichtigen westlichen Ländern — in den USA lag der Diskontsatz z. B. um 2 vH unter dem der Bundesrepublik — führte dazu, daß die westdeutsche Wirtschaft beträchtlich mehr als vordem ausländische Kredite aufnahm und daß ausländische Kredite bei den höheren Zinsgewinnen in der Bundesrepublik auch gern gegeben wurden, wobei Spekulationen auf eine Aufwertung der D-Mark die Bereitwilligkeit noch erhöhten.

Die Bundesbank schätzt die Kreditaufnahme der Wirtschaft in der Zeit vom April bis Oktober 1960 auf rund 4,9 Mrd. DM, wovon allein 4,2 Mrd. DM auf die Zeit nach der

Anfang Juni erfolgten Erhöhung des Diskontsatzes auf 5 vH entfällt. Vom April bis Oktober 1959 betrug die Kreditaufnahme dagegen nur 707 Mill. DM. „Die Bank mußte also“, heißt es zu diesem Vorgang im Monatsbericht der Bundesbank für November 1960, „je länger, je mehr feststellen, daß ihr hoher Diskontsatz die Geldversorgung der Wirtschaft im ganzen nicht zu drosseln vermochte, da die Wirkungen, die mit den Kreditrestriktionen bei der heimischen Kreditgewährung erzielt wurden, durch den mannigfachen Zustrom von Auslandsgeld ausgeglichen wurden. Die Zinserhöhung blieb, mit anderen Worten, hinsichtlich ihres binnenwirtschaftlichen Resultats unbefriedigend.“ Diese Erkenntnis leitete den Zentralbankrat, als er am 10. November 1960 „ausschließlich im Hinblick auf die äußere Währungs Lage“ und nicht wegen der inneren Konjunktorentwicklung, die „nach wie vor erheblich angespannt“ sei, den Diskontsatz von 5 auf 4 vH ermäßigte.

Umgekehrt zur Entwicklung in der Bundesrepublik gingen die Devisenbestände in den USA in letzter Zeit ständig zurück. Hier kann nicht auf die Ursachen der amerikanischen Zahlungsbilanz- und Devisenschwierigkeiten eingegangen werden. Jedenfalls haben diese im Hinblick auf die deutsche Flüssigkeit an ausländischen Zahlungsmitteln die amerikanische Forderung nach einer stärkeren deutschen Beteiligung an der westlichen Entwicklungshilfe und an den Stationierungskosten der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik hervorgerufen. Was die Entwicklungshilfe anbelangt, so haben die zustän-

digen Stellen bereits seit einiger Zeit erkannt, daß die bisherigen deutschen Beiträge nicht unserer Wirtschaftskraft und unseren internationalen Aufgaben angemessen waren. Leider kam diese Erkenntnis so spät, daß jetzt der Eindruck entstehen mußte, sie sei unter amerikanischem Druck zustande gekommen. In den nächsten Monaten sollen 1,5 Mrd. DM durch eine Bundesanleihe der Wirtschaft, 890 Mill. DM aus dem Bundeshaushalt, ungefähr 500 Mill. DM durch die Länder, 500 Mill. DM aus dem Verkauf von Volkswagen-Aktien und 165 Mill. DM aus dem ERP-Vermögen aufgebracht werden. Die Bundesanleihe soll von den Unternehmen am 16. Januar und 16. März 1961 je zur Hälfte auf ein Sonderkonto der Bundesbank eingezahlt werden, wodurch zugleich eine gewisse Nachfragedämpfung erzielt wird. Die Forderung nach einem deutschen Beitrag zu den amerikanischen Stationierungskosten hat die Bundesregierung dagegen mit Recht abgelehnt. Abgesehen von der in der Zahlung solcher Beiträge zu erblickenden politischen Diskriminierung der Bundesrepublik gegenüber den NATO-Partnern, spricht auch die Höhe der eigenen Rüstungsaufwendungen und ihr sprunghaftes Ansteigen gegen solche Absichten. Im Haushaltsentwurf 1960 sind nicht weniger als 12,5 Mrd. DM für Verteidigungsausgaben veranschlagt. Besser wäre es, wenn statt eines solchen deutschen Beitrages die Tilgung der aus der Nachkriegswirtschaftshilfe stammenden Schulden vorgezogen und der größere Teil dieser Schulden sofort abgetragen würde.

*Günter Pehl*